





ISSN 2751-7918
Ausgabe 05 | 2022

# GEMEINDERATSINFO

der Freie Wähler | FÜR Karlsruhe Gemeinderatsfraktion

## Reale Probleme - Reale Lösungen

Nachhaltigkeit, Neustrukturierung der Innenstadt, Intergation und ein neues Bauprojekt beschäftigte die Arbeit der FW | FÜR Karlsruhe.

Seite 4 bis 7

## Im Gespräch mit dem Bürgermeister

Flüchtlingsarbeit, Stau im Bürgerbüro und Nachhaltigkeit in der Lokalpoltik im Podcast der Fraktion.

Seite 8 bis 13

## Werderplatz, Innenstadt und Südstadt

Neue Verkehrsmittel, Probleme auf dem Werderplatz und der Schutz der Südstadt standen im Fokus.

Seite 14 bis 18

## Besuch im Zoo und ein neues Ärztehaus

Schutz der Artenvielfalt als Projekt des Karlsruher Zoos und Maßnahmen gegen den Ärztmangel.

Seite 19 und 20

## Editorial

Die Arbeit im Gemeinderat geht intensiv weiter. Die Balance zwischen neuen Investitionen und Sparsamkeit bleibt ein großer Diskussionspunkt im Gemeinderat: Obwohl die Stadtfinanzen keine ungeplanten Ausgaben zulassen, verabschiedete der Gemeinderat eine teure Großsanierung der Durchlacher Turmbergbahn – der Warnungen der Fraktion zum Trotz. Denn mit Balance und Nachhaltigkeit hat diese Art der Politik nichts zu tun. Wie eine nachhaltige Stadtpolitik aussehen könnte, diskutiert Stadtrat Kalmbach im Podcastgespräch.

Weitere Themen wie die Neustrukturierung der Innenstadt oder die Probleme auf dem Werderplatz lesen Sie in unserer Gemeinderatsinfo.

## Für Sie im Gemeinderat



**Petra Lorenz**
Stadträtin



**Friedemann Kalmbach**
Fraktionsvorsitzender



**Jürgen Wenzel**
Stadtrat

## Impressum

*ISSN 2751-7918*

**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:**

| | |
|---|---|
| Grafik, Fotos und Bilder: | Gabriel Meier; Micha Schlittenhardt; Daniel Gräber; pixabay.de; unsplash.com |
| Text: | Marius Meger; Daniel Gräber; Micha Schlittenhardt |
| Layout: | Micha Schlittenhardt |
| V.i.S.d.P.: | Friedemann Kalmbach, Fraktionsvorsitzender |







**FW|FÜR Gemeinderatsfraktion**
Haus der Fraktionen
Hebelstr. 13
76133 Karlsruhe

Fon: 0721 133 1096
Fax: 0721 133 1659
Mail: fwfuer@fraktion.karlsruhe.de



# INHALT

# Unsere Arbeit im Gemeinderat



## EIN OFFENER BRIEF

In einem **offenen Brief** an Bürgermeister Dr. Käuflein, der auch im Podcast zu Gast war und über die Probleme in den Bürgerbüros sprach, machte die Fraktionsgemeinschaft auf die prekäre Situation in den Bürgerbüros aufmerksam gemacht.

In Anbetracht des immensen Staus im Bürgerservice, dem nicht ausreichenden und fehlenden Terminangebot und der personellen Unterbesetzung des Bürgerbüros plädierte die Fraktion für die Einberufung eines runden Tisches. Betroffene Akteure und Verantwortliche des Ordnungs- und Bürgeramtes sowie die Stabstelle Verwaltungs- und Managemententwicklung sollten auf jeden Fall teilnehmen, um durch eine Aussprache die inakzeptable Situation in den Bürgerbüros zu verbessern. Mit weiteren Expertinnen und Experten und Vertretern der Gemeinderatsfraktionen sollten dringende Fragen beraten und konstruktiv an einer gemeinsamen Lösung für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger gearbeitet werden:

„Uns hatten in den letzten Monaten vermehrt Bürgerinnen und Bürger geschrieben, die von sehr langen Wartezeiten und schwierig zu bekommenden Terminen berichteten, selbst wenn die Anliegen nicht besonders groß waren“, sagt Stadträtin Petra Lorenz.

Zu einem runden Tisch ist es inzwischen auch gekommen, was die Fraktionsgemeinschaft sehr begrüßt: „Es ist gut, dass wir nun angefangen haben, gemeinsam an den Problemen zu arbeiten. Darüber hinaus ist es ein Zeichen, dass Stadtverwaltung und Stadtrat gewillt sind, zum Besten der Stadt konstruktiv zusammenzuarbeiten. Wenn unser offener Brief dazu beitragen konnte, dann ist uns das ein großer Ansporn, weiterhin das offene Gespräch zu suchen und Probleme anzusprechen“, so Fraktionsvorsitzender Kalmbach.

Inzwischen sind auch erste Erfolge sichtbar: Über neu eingerichtete Schalter konnten bislang 2000 zusätzliche Bürgeranfragen beantwortet werden – der Bürokratiestau lichtet sich.

## STÄDTEPARTNERSCHAFT

Im anhaltenden Angriffskrieg Russlands zeigt sich Karlsruhe solidarisch mit der Ukraine. In der Gemeinderatssitzung stimmte die Fraktionsgemeinschaft einer **Städtepartnerschaft** mit der Ukraine zu. Stadträtin Lorenz meinte dazu, dass wir eine Stadt in der Ukraine humanitär helfen und begleiten sollten. In der Kommunalpolitik sind die Möglichkeiten zu helfen leider sehr eingeschränkt, aber eine neue Städtepartnerschaft wäre ein gutes Zeichen für die Menschen, die in der Ukraine in großer Not sind, dass wir an sie denken und sie nicht allein stehen. Der Gemeinderat gab am 26. April dazu grünes Licht.

> „Eine neue Städtepartnerschaft mit der Ukraine wäre ein gutes Zeichen für die Menschen, die in der Ukraine in großer Not sind!“

Mit einer solchen Partnerschaft würde die Unterstützung der Menschen, die aus der Ukraine kommen und auch dahin wieder zurückwollen, vereinfacht werden: Persönlicher Austausch und unkomplizierte regelmäßige Treffen wären möglich. „Vor allem aber könnten wir beim Wiederaufbau der Ukraine helfen und die Integration hin nach Europa begleiten“, so Stadtrat Jürgen Wenzel.

Da sich der Gemeinderat für eine Städtepartnerschaft aussprach, kann die Stadtverwaltung nun auf die Suche nach einer passenden Stadt gehen. Die Stadtverwaltung möchte sich zudem unabhängig von einer Städtepartnerschaft nach Hilfsmöglichkeiten für die Ukraine umsehen, was die Fraktionsgemeinschaft begrüßt.

Über die Integrationsarbeit, die in Karlsruhe geleistet wird, lesen Sie mehr auf Seite 20 („Die Integrationsarbeit des IBZ“).

Vika strawberrika / unsplash.com

Thema: Gemeinderat

## Themen im Gemeinderat

- Bürokratiestau im Bürgeramt: Anfragen können lange nicht bearbeitet werden und Termine sind erst in Wochen verfügbar.
- Städtepartnerschaft mit ukrainischer Stadt: Der Gemeinderat spricht sich für eine neue Partnerschaft aus, um Solidarität zu zeigen und Hilfeleistungen zu vereinfachen.
- Kostspielige Neusanierung der Turmbergbahn: Es gibt ein Planfeststellungsverfahren für die Sanierung der Turmbergbahn. Nach Meinung der Fraktion könnte eine Neusanierung bis zu 50 Millionen € kosten.
- Fuß- und Radverkehr in der Reinhold-Frank Straße: Mehr Raum für Fahrradfahrer soll geschaffen werden.
- Räumliche Erweiterung des Alkoholverbots am Werderplatz: Viele Ladenbesitzer und Anwohner haben das Gefühl, dass Gewalt und Pöbeleien zugenommen haben.

## VIEL GELD FÜR DIE TURMBERGBAHN

Die Fraktionsgemeinschaft hat sich in einer hitzigen Sitzung des Gemeinderates gegen eine kostspielige Sanierung der Turmbergbahn und einem Planfeststellungsverfahren der VBK ausgesprochen:

„Stadtrat Kalmbach und ich sehen es in Anbetracht der schwierigen Haushaltslage als nicht möglich, an dem Vorschlag der Stadtverwaltung zuzustimmen. Die Turmbergbahn ist ein schönes Besucherziel im Raum Karlsruhe, aber wir sind verpflichtet, mit den Steuergeldern sparsam und wirtschaftlich umzugehen – die Sanierung einer Freizeitbahn hat in unserer Finanzsituation leider keinen Platz“, gab Stadträtin Lorenz im Gemeinderat zu bedenken.

Nach Informationen der Karlsruher Verkehrsbetriebe kostet die Sanierung der Bahn 20,9 Millionen Euro. Dies zweifelt Petra Lorenz jedoch stark an: „Die Kosten werden noch weiter steigen. Die Endsumme wird laut eines externen Berichts, der uns vorliegt, bei 40 bis 50 Millionen Euro liegen – solche neuen Kosten können wir aufgrund unserer schwachen Haushaltslage nicht zustimmen“.

Mit einer Mehrheit von 34 zu 6 Stimmen stimmte der Gemeinderat der Beauftragung zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zu, trotz der Warnungen der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe.



## REINHOLD-FRANK-STRASSE

Die viel befahrene Straße mitten im Herzen der Stadt, die eine wichtige Nord-Süd-Verbindung darstellt, ist ein heiß diskutiertes Thema im Karlsruher Gemeinderat: Die GRÜNEN-Fraktion plädierte für die Entfernung aller Parkplätze der Bäume (!), um mehr Platz für Fahrradfahrende zu schaffen. Heftiger Gegenwind kam von der CDU-, AfD- und FDP-Fraktion, die der GRÜNEN-Fraktion eine Ideologisierung der Debatte vorwarfen und die Untauglichkeit des Vorschlags bemängelten.

**Die Freien Wähler und FÜR Karlsruhe brachten als einzige Fraktion einen Kompromiss ein:** Vorgeschlagen wird eine neue Fahrradstraße und eine platzsparende schräge Staffelung der Parkplätze. Es entsteht ein neuer zweispuriger Radweg ohne PKW-Parkplätze und auf der anderen Straßenseite bekommen alle PKW-Nutzer die Möglichkeit, ihr Auto zu parken und sicher zu be- und entladen. Außerdem wäre es durch diese Strukturierung nicht notwendig, alle Bäume zu fällen, wie es die Fraktion der GRÜNEN vorschlägt.

Alle Verkehrsteilnehmer können dadurch die Reinhold-Frank-Straße nutzen, ohne sich unsicher zu fühlen oder keine Parkplätze zu finden. Die Verwaltung nahm die Idee positiv auf und prüft, ob der Vorschlag umsetzbar ist.

## PROBLEME AUF DEM WERDERPLATZ

„Vor Corona sind viele Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden bei uns eingegangen. Viele Ladenbesitzer haben das Gefühl, dass Gewalt und Pöbeleien zugenommen haben“, sagt Stadtrat Kalmbach. Die Erfahrung zeigt, dass die Durchsetzung des Alkoholverbotes auf dem Werderplatz oft zur Verdrängung der betroffenen Personengruppen auf die andere Straßenseite zur Folge hat und die Anzahl der Straftaten nicht weniger wird. Häufig kommt es zu Konflikten mit den Unternehmen und Anwohnern. Die Probleme werden durch ein halbherziges Alkoholverbot allerdings nicht gelöst:

„Ein Alkoholverbot auf dem Werderplatz führt lediglich zur Verschiebung des Problems. Da es weniger Platz gibt, kommt es schnell zu Konflikten mit den Anwohnerinnen und Anwohnern. Deswegen halten wir es für das Beste, das Alkoholverbot auch auf den anliegenden Kreuzungsbereich auszuweiten und dass die Polizeistation auf den Platz zurückverlegt wird. Dann kann dieser Teil der Stadt vielleicht sein Image als Brennpunkt loswerden“, sagt Stadträtin Petra Lorenz und weiter: „Wichtig für uns bleibt aber, dass wir niemanden verdrängen und die Menschen die Anlaufstellen, soziale Begleitung oder medizinische Hilfe weiterhin wahrnehmen können.“

# Podcast - Die Lage in Karlsruhe

## DIE STADTKULTUR MUSS GESCHÜTZT WERDEN!

Die Stadträte Jürgen Wenzel und Friedemann Kalmbach treffen Dr. Albert Käuflein (CDU). Seit 2018 ist Dr. Käuflein Bürgermeister zuständig für die Bereiche Kultur, Sicherheit und Ordnung.
Die Kultureinrichtungen sind von dem öffentlichen gesellschaftlichen Leben abhängig. Die Coronakrise war und ist eine Bedrohung für die kulturelle Vielfalt. Dr. Käuflein lobt die Arbeit des Gemeinderats: „Der Gemeinderat hat einen Betrag von 2,5 Millionen zur Verfügung gestellt. Von diesem Budget kann Geld entnommen werden, wenn eine kulturelle Einrichtung gefährdet ist." Er hofft, dass die Kultur weiterhin stark erhalten bleibt.
Ein weiteres Thema ist der Terminstau im Bürgerbüro: Um einen Ausweis in den Bürgerbüros zu bekommen, muss man mit einer Wartezeit von Monaten rechnen. Selbst einen Termin zu bekommen, gestaltet sich als schwierig, weil die Zeitslots ausgebucht sind und sich die Büros als unflexibel herausstellen und keine kurzfristigen Termine anbieten können.
„Wir haben in der Tat ein Problem", sagt Dr. Käuflein. Die Vorgehensweise mit gezogenen Nummern geht seit der Coronakrise nicht mehr. Die Bürger müssen auf gebuchte Termine zum Bürgerbüro kommen. Die Ursachen des Problems liegen laut Bürgermeister Käuflein in den wenigen Terminen, die aufgrund der Coronaschutzmaßnahmen vergeben werden können. Zusätzlich gibt es eine Welle an Anliegen, die entstanden ist, da viele Menschen in den letzten Jahren kaum verreist sind und jetzt feststellen, dass Ausweise und Pässe abgelaufen sind.
Als dritte Ursache nennt Bürgermeister Käuflein fehlendes






Thema: Podcast

## Das waren unsere Themen:

- „Stadtkultur“ mit Bürgermeister Dr. Albert Käuflein (CDU): Der Bürgermeister lässt sich zu Kulturbudgets, Termin-Management im Bürgerbüro und anderen Herausforderungen befragen.
- „Rund um Integration“ mit Dr. Sardarabardy und Dr. Geerken: Gemeinsam leiten sie das Internationale Begegnungszentrum Karlsruhe (IBZ).Im Austausch mit Stadträtin Petra Lorenz geben die Expertinnen für Integration Einblicke in die praktischen Bedürfnisse von Migranten.
- „Nachhaltigkeit ist mehr als Mode“: Mit Fraktionsvorsitzendem Friedemann Kalmbach wird über ein nachhaltiges Leben und Lokalpolitik diskutiert.

Personal. Viele Angestellte an Corona erkrankt - bis zu sieben Angestellte sind gleichzeitig in Quarantäne gegangen. Ein Lösungsansatz können flexible Ansprechpartner im Bürgerbüro sein, die telefonisch, aber auch in Präsenz im Bürgerbüro erreichbar sind. In dringenden Fällen könnten Ausweise und Pässe flexibel ausgestellt werden. Dr. Käuflein macht deutlich, dass solche Fälle einen Vorzug bekommen können, aber Wartezeiten von vier Wochen „nicht das Ende der Welt bedeuten". Hinzu kommt, dass die Vertriebenen der Ukraine auf die Arbeit der Ämter angewiesen sind und dort Betreuung und Hilfe brauchen, was die Situation weiter anspannt.
Um den Stau im Bürgerbüro zu entspannen, wurden nun 17 neue Arbeitnehmer befristet angestellt, um im Bereich Bürgerservice zu arbeiten und die Verwaltung zu unterstützen. Auch unter den städtischen Ämtern wird sich gegenseitig mit Arbeitskräften ausgeholfen, um dem Andrang gerecht zu werden: „Das Problem ist aber kein triviales", hebt der Bürgermeister die Schwierigkeit der Situation erneut hervor.
Friedemann Kalmbach spricht abschließend die Veränderungen in der Bevölkerung und den neuen Ton an.
„Der Ton wird rauer", betont auch Dr. Käuflein. Die Arbeit in anderen Branchen wie dem Gesundheitswesen und in der Industrie wird anders betrachtet als die Arbeit der städtischen Ämter. Mit Blick auf die Arbeit der Ämter ist man zumeist kritischer und schroffer im Umgang, findet der Bürgermeister. Die Leistung der Stadt befindet sich jedoch bereits am Maximum und die Stadt tut alles, was sie kann, um die derzeitige Situation zu verbessern. Das Stauproblem in den Bürgerbüros bleibt jedoch ein langfristige Situation und wird durch den angeschlagenen Haushalt noch verstärkt.

icons8 / unsplash.com

# DIE INTEGRATIONSARBEIT DES IBZ

Stadträtin Lorenz begrüßte Dr. Sardarabady und Dr. Geerken, die gemeinsam das Internationale Begegnungszentrum Karlsruhe - kurz IBZ - leiten.

Das internationale Begegnungszentrum schafft Raum für Menschen, die neu in Karlsruhe sind und die schon länger in der Stadt wohnen. Das Programm beinhaltet Begegnungs- und Integrationsprojekte wie politische Diskussionen, Kochevents, gemeinsame Filmabende oder ein Café am Nachmittag.

„Wir sind mittlerweile eine Anlaufstelle, ein Kompetenzzentrum und Netzwerkknoten geworden. Wir sind offen für alle neu Zugewanderten und für die Fragen, die sie haben. Wir können nicht auf alles eine Antwort geben, aber wir sind gut vernetzt und können eine Verweisberatung anbieten und die Leute an die entsprechenden Stellen weiterleiten", sagt Dr. Sardarababy und weiter:

„Bei uns soll es keine Hürden geben. Bei unseren Integrationsprojekten haben wir es uns zum Ziel gemacht, den Zugewanderten soziale und berufliche Teilhabe zu ermöglichen. Das ist für uns Integration."

Als die großen Probleme der Integration in Deutschland stellen sich die Themen Sprache, Arbeit und Wohnen heraus. Während bei Sprachproblemen und der Arbeitssuche aktiv vom IBZ geholfen werden kann, werden viele Zugewanderte bei dem überhitzten Wohnungsmarkt in eine schwierige Lage versetzt. Stadträtin Petra Lorenz berichtet von der großen Bereitschaft vieler Karlsruherinnen und Karlsruher Ukrainerinnen und Ukrainer bei sich aufzunehmen und stellt dies als einen großen Unterschied zur Flüchtlingskrise von 2015 fest, wo es immer mehr Skepsis gegenüber den Zugewanderten gab. Dr. Geerken sieht den entscheidenden Grund für die verschiedenen Reaktionen in den verschiedenen Zusammensetzungen der Flüchtenden: 2015 kamen viele junge afrikanische Männer nach Deutschland und jetzt junge Familien –vorrangig Frauen aus der Ukraine:

> „Die Wohnsituation in Kombination mit der Aufenthaltsgenehmigung bleibt das große Problem."

„Schön ist es, wenn Menschen ihren Wohnraum zur Verfügung stellen, so wie wir es im Moment vermehrt erleben. Aber die Wohnsituation in Kombination mit der Aufenthaltsgenehmigung bleibt das große Problem", beschreibt Dr. Geerken.

Auf die Zusammensetzung der Besucher des IBZ hat sich die neue Flüchtlingswelle noch nicht ausgewirkt: „Anfragen für Projekte für ukrainische Frauen und Kinder kommen aber auch und wir konnten mit der AWO und dem ukrainischen Verein ein Kooperationsprojekt entwickeln.




Dort kommen wöchentlich 20 Frauen mit ihren Kindern. Für die Fragen, die sie mitbringen, werden dann Experten eingeladen", sagt Dr. Sardarababy.

> „Schön ist es, wenn Menschen ihren privaten Wohnraum zur Verfügung stellen, um zu helfen, so wie wir es im Moment vermehrt erleben."

Als wichtiger Teil der Integrationsarbeit zeigen sich die ausbildenden Betriebe: Ohne ihre Bereitschaft, Offenheit und Unterstützung würden die Integrationsprozesse weniger gut funktionieren. Durch die tägliche gemeinsame Arbeit mit der deutschen Sprache und den Begegnungen während der Ausbildung wächst die Offenheit auf beiden Seiten – Vorurteile können dadurch immer weiter abgebaut werden.

Für die Zukunft ihrer Arbeit wünschen sich die beiden Expertinnen des internationalen Begegnungszentrums, dass die Karlsruherinnen und Karlsruher weiterhin ihre Offenheit gegenüber neuen Menschen, die nach Karlsruhe kommen, bewahren und die Politik gute Voraussetzung für die Integrationsarbeit schafft.

# NACHHALTIGKEIT DES HERZENS

Was bedeutet „Nachhaltigkeit des Herzens“? Wie prägt sich ein nachhaltiger Denkansatz in unserer Gemeinderatsarbeit aus? Wir diskutieren im Podcast mit Fraktionsvorsitzendem Friedemann Kalmbach und Fraktionsgeschäftsführer Micha Schlittenhardt über die Herausforderungen, eine andere Geisteshaltung in die Kommunalpolitik zu integrieren.

Denn Nachhaltigkeit dreht sich nicht nur um Klimaschutz, Wirtschaft oder soziales Engagement, sondern auch um die langfristige Gesundheit des eigenen Lebens: Der Sinn der eigenen Arbeit, gesunde Gemeinschaft und offene Augen für die Schönheiten des Lebens sind wichtige Bausteine eines nachhaltigen Lebens.

Oftmals ist ein nachhaltiges Leben in der Politik und der Gesellschaft schwierig zu gestalten, weil erfolgreiches Wirtschaften und effektiver Klimaschutz sich gegenseitig begrenzen: „Nachhaltigkeitsziele stehen oft gegeneinander. Wirtschaftlichkeit und Ökologie stehen in Spannungen, die man ausbalancieren muss. **Die große Kunst der heutigen Zeit ist es, beide Themen gut zu gewichten**“, findet Stadtrat Kalmbach.

„Im Gemeinderat versuchen wir eine Harmonie zwischen Wirtschaft und Klimaschutz herzustellen und möglichst beide Felder erfolgreich zu gestalten. Manchmal gehört es aber auch dazu, Spannungen, die sich nicht auflösen lassen, auszuhalten.“

Die Fraktionsgemeinschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine Politik der Bürgernähe zu etablieren, sieht ein Auseinanderdriften der Gesellschaft: besonders in emotionalen Themen wie der Flüchtlingskrise mit viel Solidarität, aber auch Angst und den Klimaschutzmaßnahmen mit gewünschten Veränderungen, aber auch dem Wunsch, Gutes zu bewahren. Dort ist es wichtig, wieder etwas Gemeinsames zu etablieren:

> „Es ist für uns zentral, dass die Politik nicht weiter spaltet“

„Für uns ist es zentral, dass die Politik und Gesellschaft nicht weiter gespaltet, sondern das Miteinander in der Stadt gefördert wird. Wir wollen das Ganze sehen und nicht nur Einzelinteressen vertreten. Wir suchen der Stadt Bestes und damit meinen wir das Beste für die ganze Stadt. Wir wollen verschiedene politische Pole versöhnen, – eine politische Kultur der Versöhnung.“

Gerade in komplexen, polarisierenden Problemstellungen – wie das Thema Klima oder Corona – wird es schwieriger für die Gesellschaft zusammenzukommen: „Es ist wichtig, die Gesamtperspektive zu betrachten. Große internationale Probleme findet man auch hier im Kleinen auf lokaler Ebene. Wir sind auf unseren Bereich begrenzt. Das ist aber auch das Schöne an der Kommunalpolitik: Wir müssen keine Bundes- oder Europapolitik machen, sondern wir handeln hier konkret und versuchen zu gestalten – und das ist entscheidend“, meint der Fraktionsvorsitzende.

> „Wir handeln konkret und versuchen zu gestalten –und das ist entscheidend“

Dabei ist es wichtig, ausgleichende und gute Entscheidungen zu treffen: „Wenn wir Entscheidungen treffen, die nicht rund und nicht umfassend abgewogen sind, dann werden wir auf die Nase fallen. Gefallene Entscheidungen sind aber gefallen. Die Mehrheit ist im Zweifel nicht so schnell bereit umzudenken. Deswegen wollen wir nachhaltig und langfristig denken, um gefallene Entscheidungen zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Vielleicht besteht ja die Chance, dass sich Haltungen und Mehrheiten geändert haben. Ich bin überzeugt, dass immer Grund zur Hoffnung besteht!“



# Unsere Anträge

## ELEKTRONISCHE TICKETS

Die Freien Wähler im Kreistag und die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler|FÜR Karlsruhe plädiert für die Einführung von Tickets im Scheckkartenformat beim KVV, denn die KVV hat ihr Ticketangebot digitalisiert. Die traditionelle Viererkarte wird nicht mehr angeboten. Diese Veränderungen stoßen in der Gesellschaft auf große Kritik: Besonders der Abbau von Fahrkartenautomaten und die Abkehr von Stempelfahrkarten wird als kundenunfreundliche Maßnahme wahrgenommen. Gerade bei Menschen mit Behinderung, Senioren sowie Kindern, die Zeit an Automaten brauchen und deswegen auf Vorrat kaufen oder Fahrten spontan antreten wollen. Vielen fällt auch die Umstellung auf ein digitales Ticket schwer oder haben dazu nicht die technischen oder finanziellen Möglichkeiten.

"Die Kunden haben in diesem Veränderungsprozess des KVV-Ticketmanagements verloren. Veränderungen kann geschehen, aber dies muss zum Besseren sein", findet Fraktionsvorsitzender Kalmbach und fügt hinzu: „Das für die Übergangszeit keine Idee von der KVV entwickelt wurde, um die Fahrgäste in diesem Veränderungsprozess mitzunehmen, finden wir schade. Es muss eine marktreife Lösung her."

> „Veränderung kann geschehen, aber dies muss zum Besseren sein.“

Johannes Arnold, Oberbürgermeister von Ettlingen und Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Kreistag, sieht deshalb die Einführung eines eTickets – eine Plastikkarte mit Chip – als eine gute Möglichkeit, die Kritik der Kundinnen und Kunden anzunehmen: „Die KVV ist bereits an das System des eTickets angeschlossen. Wir müssen also nur die Option nutzen und die Stempelkarten mit einer Plastikkarte ersetzen, die wiederverwendbar ist und mit Geld aufgeladen wird. Kein Handy wäre nötig – Bürgerinnen und Bürger könnten weiterhin nach Gewohnheit ihr Ticket am Automaten oder im Kundencenter aufladen.“

## FAHRRADTAXIS

Die Karlsruher Innenstadt soll sich weiterentwickeln und mehr Angebote im öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Die Fraktionsgemeinschaft schlägt deswegen eine Prüfung für die Einführung von Fahrradtaxis in der Karlsruher Innenstadt mit abschließender Abstimmung im Gemeinderat vor:

> „Fahrradtaxis wären in der Innenstadt ein attraktives neues Angebot. Sie sind gut zu bedienen und flexibel einsetzbar.

„Über kurze Distanz innerhalb der Stadt wären Fahrradtaxis in der Innenstadt ein attraktives neues Angebot für die Karlsruherinnen und Karlsruher. Aus anderen Städten wissen wir, dass Fahrradtaxis gut im Straßenverkehr zu bedienen und flexibel einsetzbar sind und nicht viel Platz einnehmen und somit Fußgängerinnen und Fußgänger keinen Platz wegnehmen“, sagt Friedemann Kalmbach.

„Für eine Stadt, die sich Umweltschutz und Fahrradfreundlichkeit auf die Fahne geschrieben hat, wäre das ein guter Schritt nach vorne“, führt Stadträtin Lorenz weiter aus.

Die Fraktionsgemeinschaft schlägt vor, dass die Stadt verschiedene Modelle prüft und für die Ansiedelung entsprechender Unternehmen wirbt und das Verkehrsmodell im eigenen KVV anbietet. Für unsere fahrradfreundliche Stadt Karlsruhe könnte dies eine passende klimaneutrale Lösung werden.

Jason Goodman / unsplash.com

Thema: Gemeinderat

## Dazu haben wir Anträge gestellt:

- Einführung von elektronischen Tickets: Die Abschaffung der Stempelfahrkarten hat bei vielen Fahrgästen Probleme offenbart. Aufladbare elektronische Tickets können als Übergangslösung dienen.
- Soziale Erhaltungssatzung: Der Gemeinderat hat ein Bürokratiemonster verabschiedet!
- Inklusivere Haltestellen: Mit kleinen Verbesserungen könnten sich große Wirkungen erzielen, die Karlsruhe inklusiver gestalten.
- Fahrradtaxis: Die Karlsruher Innenstadt soll sich weiterentwickeln und mehr Angebote im öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen.
- E-Scooter Parkplätze: Um Ordnung und Verkehrsstruktur zu bewahren, braucht es eine ordnungsgemäße Abstellmöglichkeit für E-Scooter.

## DER SCHUTZ DER SÜDSTADT

Ein Bürokratiemonster wurde verabschiedet! Entgegen der Idee der Fraktionsgemeinschaft, einer gelockerten Erhaltungssatzung, die viel Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Stadtverwaltung erspart hätte, entschloss sich der Gemeinderat für die vorgelegte bürokratische Form. Auch der Vorschlag, die Satzung auf die Dauer von drei Jahre zu begrenzen, fand keine Mehrheit. Bedenken gab es, nachdem interne Prüfkriterien bekannt wurden, die darauf hindeuten, dass Wohnungseigentümer in der Südstadt eine Genehmigung einholen müssen, sobald sie beispielsweise einen neuen Boden verlegen oder ein zweites Waschbecken anbringen wollen: „Ganz egal wie umfangreich oder notwendig das Bauprojekt auch sein mag, man steht vor einem Berg an Genehmigungen und Auflagen", erklärt Friedemann Kalmbach.

Ursprünglich sollte die Erhaltungssatzung dazu dienen, Immobilienspekulanten davon abzuhalten, Wohnungen aufzukaufen, edel zu sanieren und für deutlich mehr Geld weiterzuvermieten. Damit würde die Bürgerschaft aus der Gegend nach und nach verdrängt. Die Erhaltungssatzung wird nun auf alle Wohnungsbesitzer im Gebiet angewendet:

„Dass die Südstädtler nun mit denselben Herausforderungen konfrontiert sind wie Großinvestoren, ist ein Unding. Den Praxistest wird die Erhaltungssatzung in ihrer Form nur bedingt bestehen: Großinvestoren werden es schwerer haben, Anwohnerinnen und Anwohner aber auch", bemängelt Kalmbach. Unklar ist, ob die Strafen beim Nichtbefolgen der Regeln für Investoren ein Hindernis darstellen oder der einfachere Weg sein werden, im Vergleich zum bürokratischen Aufwand der Erhaltungssatzung.

„Die Konsequenzen für die Südstadt hätten im Vorfeld des Satzungsbeschlusses an die Bürgerschaft kommuniziert werden müssen, statt diese erst im Nachhinein zu veröffentlichen", kritisiert die Fraktionsgemeinschaft.

Neben der Fraktion stimmten die CDU, AfD und die KAL-Stadträte gegen die Satzung in der derzeitigen Form. Dem Abstimmungsergebnis zufolge waren sich die anderen Gemeinderatsfraktionen über die Konsequenzen nicht bewusst oder wollten sie ignorieren: der Großteil des Gemeinderates aus Grünen, SPD, Linken und FDP stimmten für die Satzung, die nun mehrere Sachbearbeiter und die Bewohner der Südstadt beschäftigen wird.

## INKLUSIVE HALTESTELLEN

Karlsruhe hat Nachholbedarf im öffentlichen Verkehr!

„Die neuen Haltestellen sind schön anzuschauen, jedoch entsprechen sie nicht dem Gleichstellungsgesetz", sagt Stadtrat Jürgen Wenzel. Laut Gesetz müssen sich seh-, hör- und bewegungseingeschränkte Personen selbstständig informieren und bewegen können und Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs mit Rollstuhl, Rollator, Kinderwagen, aber auch für sensorisch behinderte zugänglich, betretbar und sicher auffindbar sein. Die neuen Haltestellen in der Stadt lassen bei diesen Ansprüchen noch zu wünschen übrig.

Die Fraktion schlägt konkrete Lösungen vor, um Karlsruhe inklusiver zu gestalten: „Mit kleinen Verbesserungen lassen sich große Wirkungen erzielen. Durch Lautsprecherdurchsagen bei einfahrenden Zügen, niedrigere Aufhängungen der Monitore sowie höhere Kontraste auf der Abfahrtsanzeige erleichtert für viele Karlsruher die Fahrten", sagt Stadträtin Lorenz.

Auch weitere Sitzgelegenheiten und eine Reduktion der Quietschgeräusche der Straßenbahnen würde die Orientierung deutlich erleichtern.

## PARKPLÄTZE FÜR E-SCOOTER

Immer mehr E-Scooter von verschiedenen Anbietern zeichnen das Stadt- und Verkehrsbild. Doch die Scooter sind nicht unumstritten, da diese oft falsch abgestellt oder wegen Vandalismus den Gehweg für andere versperren. Um Ordnung zu bewahren, reichte die Fraktionsgemeinschaft einen Antrag ein, der für ausgewiesene E-Scooter-Hubs plädiert. Das sind Parkflächen, die als Abstellmöglichkeiten und Ausleihorte dienen. Im Antrag der Fraktion wird die Stadtverwaltung dazu aufgefordert, sich mit den Anbietern der E-Scooter zu verständigen, um Parkplätze für die Roller an stark besuchten Orten der Stadt zu ermöglichen. Eine erste Testfläche soll nun auch auf Drängen der Fraktion kommen.

„Wenn die E-Scooter nicht mehr nur irgendwo stehen, sondern es zentrumsnahe Parkmöglichkeiten gäbe, die man schnell findet und für viele erreichbar sind, wäre das für das Auffinden und für die Ordnung wirklich hilfreich", sagt Stadtrat Kalmbach. Zuletzt forderte die CDU die Möglichkeit, falsch abgestellte Roller zu melden, die AfD forderte konsequente Bußgelder. Mittlerweile müssen Nutzer und Nutzerinnen beim Abstellen der Roller ein Beweisfoto für das ordnungsgemäße Parken einreichen.

## HUNDEAUSLAUFFLÄCHEN

Lange setzte sich die Fraktionsgemeinschaft dafür ein – jetzt ist es so weit: **In Karlsruhe wird eine neue Hundeauslauffläche geplant.** Viel wurde über mögliche Standorte diskutiert, nun hat man sich im Gemeinderat auf eine neue Hundeauslauffläche in der Günther-Klotz-Anlage geeinigt. Nach 22 geprüften Standorten entspricht die Anlage am Albgrün kurz vor dem kühlen Krug allen Kriterien. Dass den Hunden nun auf einer schönen Grünfläche mehr Platz geboten wird, begrüßt die Fraktion ausdrücklich, die sich schon vergangenes Jahr für das Projekt einsetzte: „Dass unser langjähriges Bemühen in einen Erfolg gemündet ist, freut uns sehr. Es ist ein gutes Zeichen des Gemeinderates, dass die vielen Bitten und Nachrichten von Bürgerinnen und Bürgern, die uns erreicht haben, endlich wahrgenommen worden sind“, so Friedemann Kalmbach.

Stadträtin Petra Lorenz sieht in der neuen Hundeauslauffläche einen ersten Schritt, um mehr Möglichkeiten für alle Hundefreunde zu schaffen: „Wir freuen uns sehr über den neuen Standort und dass er den Kriterien entspricht. So hatten wir uns das schon vor einem Jahr vorstellen können. Schade, dass die Suche so lange dauern musste. Langfristig sollten wir uns auch über eine zweite Fläche für Hunde Gedanken machen. Die neue Location liegt nicht sehr zentral und für viele dürfte der Weg zu weit sein. Die Hundebesitzer vom anderen Ende der Stadt weisen zurecht auf eine nötige zweite Fläche hin. Die Fraktionsgemeinschaft wird sich deswegen für eine weiter Hundeauslauffläche einsetzen.“

Der Gemeinderat unterstützte das Projekt der Fraktionsgemeinschaft einstimmig.







WO WAREN WIR?

# Unterwegs in Karlsruhe

Corona hat seine Spuren hinterlassen. Mit den vielen sozialen Einschränkungen hat sich auch das politische Leben immer weiter ins Digitale verlagert. Treffen mit Bürgerinnen und Bürgern, Interessenverbänden, Vereinen und Organisationen wurden immer seltener.

Seit Beginn des Jahres mit den Lockerungen der Coronamaßnahmen konnten die Stadträte vermehrt wieder in Karlsruhe unterwegs sein. Deswegen war es für die Stadträte umso besonderer, dem Karlsruher Zoo einen Besuch abzustatten und sich über ein Projekt für ein neues Ärztehaus zu informieren.

## ÄRZTEMANGEL

Die Suche nach einem Hausarzt gestaltet sich immer schwieriger. Was für das Land schon lange gilt, ist nun auch in Karlsruhe zum Problem geworden. Dieser Mangel hat verschiedene Gründe: wenig Räumlichkeiten, besseres Gehalt für andere Fachrichtungen als Allgemeinmedizin oder die hohen Bereitschaftsstunden. Um den Mangel an Räumlichkeiten zu beseitigen, traf sich die Fraktion mit mehreren Bürgervereinen, die ein Ärztehaus an der Pulverstraße/Otto-Wells-Straße in Karlsruhe planen. Die Fraktion stellt sich hinter dieses Vorhaben, um den Hausärzte- und Fachkräftemangel zu bekämpfen: „Karlsruhe ist eine sehr lebenswerte Region. Damit dies auch so bleibt und an Attraktivität gewinnt, müssen wir uns um das fehlende Ärztepersonal kümmern und die Rahmenbedingungen schaffen, damit gute Arbeit geleistet werden kann“, sagt Petra Lorenz: „Deswegen unterstützen wir die Planungen für ein neues Ärztehaus. Dafür werden wir im Gemeinderat werben.“





## ARTENSCHUTZ IM ZOO

Fraktionsvorsitzender Friedemann Kalmbach besuchte vor wenigen Tagen den Karlsruher Zoo. Mit vielen Einblicken in die Hintergründe der Arbeit, die Attraktivitätund die vielen Angebote des Zoos wurde vor allem die Wichtigkeit der Bewahrung der Artenvielfalt und des Artenschutzes deutlich:

„Der Karlsruher Zoo liefert einen wichtigen Beitrag für den Schutz gefährdeter Arten. Für einen modernen Zoo reicht es nicht mehr aus, seltene und schöne Tiere auszustellen. Der Schutz der einheimischen Artenvielfalt und Umwelt ist uns allen ein großes Anliegen. Deswegen freut es uns umso mehr, dass der Zoo Karlsruhe sich leidenschaftlich engagiert.“

Der Karlsruher Zoo setzt sich unter anderem dafür ein, dass die Artenvielfalt rund um Karlsruhe erhalten bleibt: In der Artenschutzstiftung des Zoos soll der in Baden-Württemberg ausgerottete Fischadler wieder angesiedelt werden. Dieses und weitere Projekte, angestoßen vom Karlsruher Zoo, wird von der Fraktionsgemeinschaft sehr begrüßt:

„Gesellschaftliches Engagement geht über die Stadt hinaus. Eine gesunde und artenreiche Umwelt ist uns ein großes Anliegen. Solche Projekte vertreten wir gerne im Gemeinderat und in unserer Politik“, sagt Friedemann Kalmbach. Es wird deutlich, der Karlsruher Zoo hat mit seiner Arbeit einen wichtigen regionalen Impact zum Wohl der Tiere und Pflanzen.





Absolutevision / unsplash.com

# Wir in der StadtZeitung

## KOMMUNIKATION FEHLT!

Verfasst von Stadtrat Jürgen Wenzel

Das ist einer der Vorwürfe in Richtung KVV, wenn es um die als „Nacht- und Nebelaktion“ wahrgenommene Abschaffung der Vierkarte und der Kartenentwerter in den Bahnen geht. Gleiches gilt für die drastischen Energiepreissteigerungen bei Strom und Gas der städtischen Stadtwerke oder der Bauverzögerung des „Neuen Wildparkstadions des KSC“ und den wachsenden Baukosten beim Staatstheater. Informationen gelangen scheibchenweise an die Öffentlichkeit und sind der Nährboden für die Politikverdrossenheit, die in der nun seit zwei Jahren anhaltenden COVID-Pandemie einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Vertreter sinkt stetig und Entscheidungen, die „hinter verschlossenen Türen“ gefällt werden, wirken wie Brandbeschleuniger in einem Flächenbrand. Unsere Fraktion der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe sind ein Zusammenschluss aus zwei unabhängigen Wählervereinigungen, die sich für Karlsruhe einsetzen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir in Karlsruhe für eine offene Kommunikation werben, damit Bürgerinnen und Bürger Informationen vor Ort aus erster Hand erhalten.

## 9 EURO TICKET

Verfasst von Stadtrat Friedemann Kalmbach

Eine gute Werbung war es gerade nicht für den Umstieg in den Nah- und Regionalverkehr: Bilder mit überfüllten Bahnen, Berichte von Menschen, die nicht mehr zusteigen konnten, und von überfordertem Bahnpersonal, wirken eher aus- als einladend. Doch zeigt uns dieses „Versuchslabor“, das in erster Linie die Bahn und auch unser Nahverkehr für eine Verkehrswende nicht vorbereitet ist.

Aber endlich werden die richtigen Fragen gestellt: Wie muss der ÖPNV eigentlich aufgestellt sein, dass Menschen gerne vom Auto in die Bahn umsteigen? Umfragen sagen uns das schon lange, nicht erst jetzt: An allererster Stelle steht die Qualität. Pünktliche und zuverlässige Bahnen, entsprechende Taktzeiten, zumutbare Wege zur nächsten Haltestelle und Sicherheit in den Bahnen. Das alles muss stimmen, und erst dann kommt der Preis.

Also lieber KVV –es gibt noch viel zu tun: bessere Anzeigetafeln, Echtzeitinformationssysteme, mehr Sitzgelegenheiten in der U-Bahn, Pünktlichkeit verbessern und, und ...

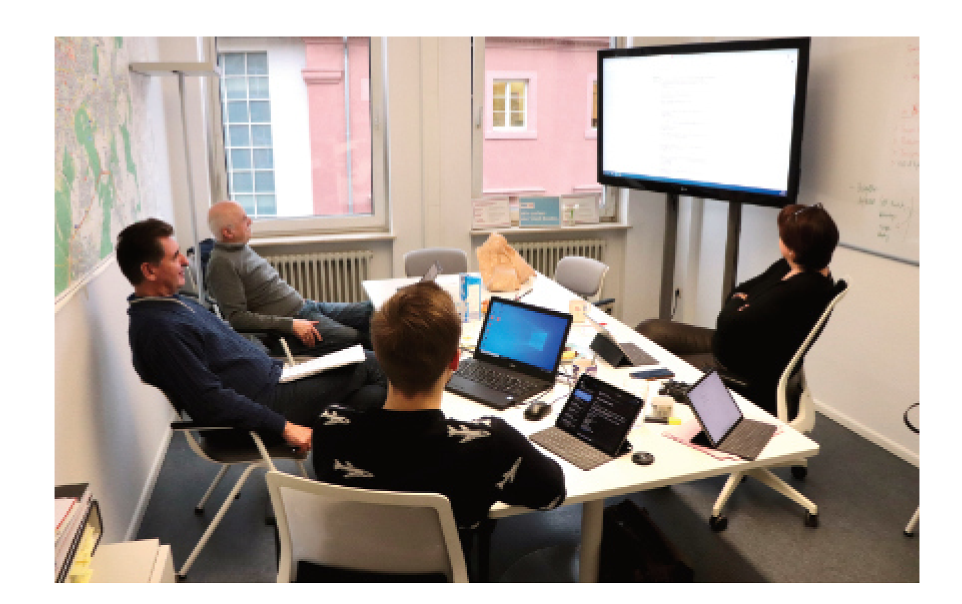
Eines ist auch klar, dass endlich der Bund aufwachen und den Nahverkehr finanziell stärken muss. Unsere hoch verschuldete Stadt wird das nicht alleine schaffen.

## WENN DIE WORTE FEHLEN
Verfasst von der Fraktionsgemeinschaft

**Wenn die Worte fehlen...**



**...ist jetzt die Zeit gemeinsam zu helfen.**

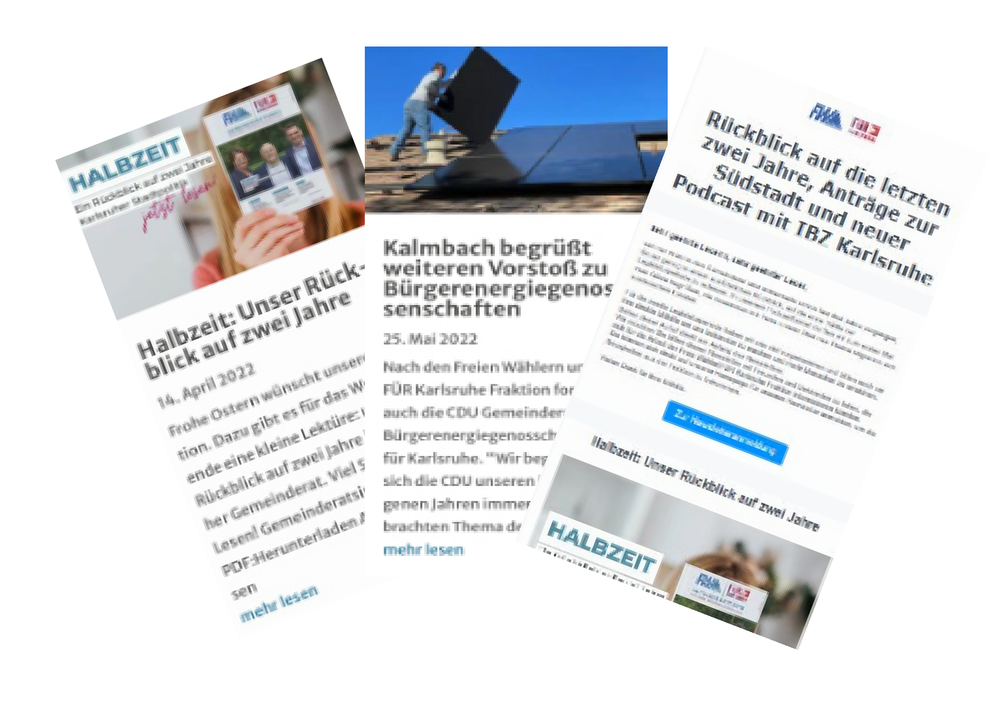






# Unser Newsletter

Häufiger als das Quartalsheft oder die Gemeinderatsinfo der Fraktionsgemeinschaft kann man sich über den Newsletter der Fraktion über die aktuellen politischen Themen und Entscheidungen aus Karlsruhe informieren.
Monatlich erscheint der Newsletter, der alle wichtigen Themen, Statements und Nachrichten der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe kurz und prägnant zusammenfasst und per E-Mail geteilt.
Über die Internetseite der Gemeinderatsfraktion https://fwfuer.de/newsletter/ kann man sich mit seiner E-Mail-Adresse in den Verteiler eintragen und auch über die verschiedenen anderen Möglichkeiten informieren.
Dort bekommt man einen guten Eindruck über die Arbeit der drei Stadträte: Die Ergebnisse der Ausschussverhandlungen, die Debatten des Gemeinderats und der Auftritt in den sozialen Medien als auch in den Lokalzeitungen werden im Newsletter aufbereitet und nutzerfreundlich dargestellt ...



# Wo kann man mehr über die Arbeit der Fraktion erfahren?

Nicht nur während der öffentlichen Sitzungen im Gemeindearbeit oder in den themenspezifischen Ausschüssen sind die Stadträte der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe präsent, sondern auch **online**, in den **sozialen Medien** oder auf **YouTube**. Mit Podcast, aktuellen Statements und exklusiven Einblicken in die Kommunalpolitik will die Fraktionsgemeinschaft die Bürgerinnen und Bürger von Karlsruhe über die politischen Entscheidungen informieren und in den Entscheidungsprozess involvieren.

Regelmäßig erscheinen dazu Gespräche der Stadträte, die sich einen Gast eingeladen haben, um über ein Problem, eine Situation oder einen Sachverhalt zu diskutieren, der Karlsruhe beschäftigt, um Ideen und Vorschläge auszutauschen. Um externe Expertenmeinugnen zu haben wird regelmäßig ein Gast eingeladen. Diese Gespräche findet man als Videoformat auf dem YouTube-Kanal der Freien Wähler und FÜR Karlsruhe Fraktion oder als Podcast auf Spotify.Noch vor den ersten Pressemeldungen und Zeitungsberichten gibt es die ersten Zitate, Statements und Einblicke in die Fraktionsarbeit auf Instagram. Wichtige thematischen Eckpunkte werden dort prägnat gebündelt und auf die wichtigsten Messages beschränkt.




YOUTUBE
Freie Wähler und FÜR Karlsruhe



AUF FACEBOOK & INSTAGRAM
facebook.com/fwfuer
instagram.com/fwfuer.de



UNSER TELEGRAM-KANAL ALS ABO
t.me/fwfuer



AUF TWITTER
twitter.com/fwfuer



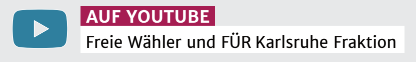
UNSER NEWSLETTER
fwfuer.de/newsletter

Bitte beachten Sie unsere
Hinweise zum Datenschutz: fwfuer.de/datenschutz





AUF INSTAGRAM
@fwfuer.de



AUF YOUTUBE
Freie Wähler und FÜR Karlsruhe Fraktion



AUF FACEBOOK
facebook.com/fwfuer



UNSER TELEGRAM-KANAL ALS ABO
t.me/fwfuer



AUF TWITTER
twitter.com/fwfuer



UNSER MONTALTICHER NEWSLETTER
fwfuer.de/newsletter

